

Die Entstehung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976

1962

1962
DGB-Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen

1963

1964
Arbeitgeberverbände gründen den „Arbeitskreis Mitbestimmung“ unter Leitung von Hanns-Martin Schleyer

1964

Oktober 1965
DGB gründet Kommission „Aktion Mitbestimmung“ und publiziert im Mai 1966 die Denkschrift „Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit“

1965

1966

13. Dezember 1966
Regierungserklärung der Großen Koalition: Ankündigung einer Sachverständigenkommission zur Mitbestimmung – so genannte „Biedenkopf-Kommission“

1966

1967

1968

März 1968
Der DGB legt einen zweiten Gesetzentwurf vor

1969

22. Januar 1969
SPD-Fraktion bringt leicht modifizierten Gesetzentwurf auf Druck des DGB ein: Debatte im Deutschen Bundestag

1970

28. Oktober 1969
Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“: Betriebsverfassung soll novelliert werden, Unternehmensmitbestimmung bleibt außen vor

1971

Januar 1970
„Biedenkopf-Kommission“ legt ihren Bericht vor. Montanmitbestimmung ist nicht systemwidrig, aber Plädoyer für Unter-Parität

1972



Fotos: Bundesregierung

1973

25. bis 30. Juni 1972
DGB-Bundeskongress in Berlin bekräftigt: „Die Mitbestimmung bleibt unsere Forderung Nr. 1“

1974

18. Januar 1973
Zweite sozialliberale Koalition: Regierungserklärung von Willy Brandt: Ankündigung eines Mitbestimmungsgesetzes in der Wirtschaft

1975

20. Februar 1974
Arbeitsminister Walter Arendt legt Regierungsentwurf zum Mitbestimmungsgesetz vor

1976

22. März 1974
Protest-Kundgebung der Arbeitgeberverbände in Köln mit 3000 Unternehmen

1977

20. Juni 1974
Debatte im Deutschen Bundestag zum Regierungsentwurf

1978

Oktober bis Dezember 1974
Anhörungen im Deutschen Bundestag; Frage der Vereinbarkeit mit der Verfassung wird akut

1979

1. März 1979
Das Bundesverfassungsgericht erklärt das Mitbestimmungsgesetz für verfassungskonform



8. November 1975
Große DGB-Kundgebung in Dortmund für die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen

8. Dezember 1975
Zweiter Regierungsentwurf vorgelegt – wurde auf Drängen der FDP noch weiter modifiziert (Doppelstimmrecht)

18. März 1976
Ausführliche Debatte und Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes im Deutschen Bundestag. 389 Abgeordnete stimmen dafür, nur 22 dagegen